Pressestelle des Senats

Hamburg

Wochendienst

Nr. 26
vom 8. Juli 2011
Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Bund

885. Sitzung des Bundesrates 2

Bürgermeister Scholz im Bundesrat: Gesetze zur Energiewende nachbessern 5

Arbeit, Soziales und Familie

Ingrid Körner wird neue Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen 6

Sparen zur falschen Zeit an der falschen Stelle 8

Inneres

Vereinbarung unterzeichnet: Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr wird in Hamburg weiter erhöht 9

21 Straftäter aus der Haft abgeschoben 12

Gleichstellung

Hamburg und Nordrhein-Westfalen für gesetzliche Frauenquote 13

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Mehr Wohnungsbau für Hamburg 14

Wohnen in der Innenstadt wird gefördert 18

Wegen großer Nachfrage: Zuschüsse für energiesparendes Bauen für 2011 ausgeschöpft 19

Wirtschaft, Verkehr und Hafen

Mehr StadtRAD in Eimsbüttel, der HafenCity an der Uni und im Stadtpark 20

Neues Musicaltheater im Hafen 21

Internationale Bauaustellung

Maßnahmen der Nordischen Oelwerke führen zu Geruchsreduzierung im Reiherstiegviertel 23

Zur Information

Terminkalender 25

Datum 7.7.2011/lv07

An der 885. Sitzung des Bundesrates nehmen Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Detlef Scheele und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil.

Die Tagesordnung umfasst 63 Punkte

Bundesrat macht den Weg frei für Energiewende

Der Bundesrat befasst sich abschließend mit dem umfangreichen Gesetzespaket für die Energiewende. Nach dem die Bundesregierung erst im Herbst des vergangenen Jahres die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängert hatte, soll der Bundesrat nun abschließend über die Kehrtwende in der Energiepolitik abstimmen. Neben dem Ausstieg aus der Atomenergie, stehen eine Reihe von Gesetzen auf der Tagesordnung, die unter anderem den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Infrastruktur zum Gegenstand haben. Während bereits in den Ausschussberatungen die Änderungen zum Atomgesetz für eine Beendigung der Atomenergienutzung von den Ländern einstimmig unterstützt wurden, scheiden sich bei den anderen Gesetzen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien die Geister. So wird Hamburg beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz für die Anrufung des Vermittlungsausschusses votieren, um Nachbesserungen bei der Förderung der On- und Offshore-Windenergie durchzusetzen. Auch das zur Abstimmung stehende Gesetz zur Fortentwicklung des Emissionshandels wird voraussichtlich nicht den Weg in das Bundesgesetzblatt, sondern in den Vermittlungsausschuss einschlagen. Mit dem Gesetz soll der Emissionshandel auf den Luftverkehr und energieintensive Branchen ausgedehnt werden.

Hamburg unterstützt Anrufung des Vermittlungsausschusses beim Steuervereinfachungsgesetz 2011

Das Steuervereinfachungsgesetz 2011 zielt gemeinsam mit einer Reihe flankierender Maßnahmen darauf ab, die Steuerpraxis zu vereinfachen, vorhersehbarer zu gestalten und von unnötiger Bürokratie zu befreien. Darauf haben sich Bund und Länder im Jahr 2010 verständigt. Das Gesetz sieht u.a. vor, den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920 auf 1000 Euro anzuheben und bei der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten künftig auf die persönlichen Anspruchsvoraussetzungen zu verzichten. Gegen das Ziel, durch eine „zweijährige Steuererklärung“ für Bürger und Verwaltung zu einer Vereinfachung zu kommen, hat der Bundesrat erhebliche Bedenken. Nach Auffassung der Länder, die für den Steuervollzug zuständig sind, würde nicht nur der Verwaltungsablauf erschwert, sondern auch der Bürger verunsichert. Da die meisten Bürger ohnehin Steuererstattungen bekämen, würden sie nicht zwei Jahre auf die Abgabe der Steuererklärung warten wollen. Der Bundesrat ruft deshalb mit Unterstützung Hamburgs den Vermittlungsausschuss an. Er wird sich zudem insbesondere mit zwei Hamburger Anträgen beschäftigen: Der eine Antrag lehnt die Einführung von

Bagatellgrenzen bei der Kostenpflicht der verbindlichen Auskunft beim Finanzamt ab, der andere wendet sich gegen die Verlängerung des Veranlagungswahlrechts bei Ehegatten.

Gesetzentwurf zur Optimierung der Geldwäscheprävention

Ziel des Gesetzesentwurfs ist, Geldwäsche und organisierte Kriminalität wirksamer zu bekämpfen. Dazu müssen die gesetzlichen Grundlagen an internationale Standards angepasst und die im Deutschland-Bericht der OECD festgestellten Mängel abgestellt werden. Um eine für Wirtschaft und Verwaltung effiziente Geldwäscheprävention zu gewährleisten, lehnt der Bundesrat mit Unterstützung Hamburgs die generelle Verpflichtung der (vom Gesetzentwurf erfassten) Unternehmen zur Benennung eines Geldwäschebeauftragten ab. Ebenso fordert Hamburg in seinen Anträgen u.a. die Schaffung eindeutiger Eingriffsbefugnisse und verschärfter Bußgeldvorschriften.

Änderung des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und des Telekommunikationsgesetzes

Schwarzarbeit ist ein schwerer Verstoß gegen die Grundlagen des Sozialstaates. Sie gefährdet bestehende und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Deshalb wird sich Hamburg einem niedersächsischen Gesetzentwurf anschließen, um Schwarzarbeit und die Werbung dafür einzudämmen. Ziel ist, die Rechtslage an die gemachten Erfahrungen seit der grundlegenden Überarbeitung des Schwarzarbeitsgesetzes im Jahr 2004 anzupassen. So sollen die zuständigen Behörden erweiterte Kompetenzen bekommen, damit sie den Zoll bei der Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit effektiver unterstützen können. Außerdem soll die Werbung für „schwarz“ erbrachte handwerkliche Dienst- oder Werkleistungen künftig mit bis zu 5.000 Euro bestraft werden.

Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt

Hamburg fordert zusammen mit den anderen SPD-geführten Ländern die Bundesregierung auf, Kürzungen bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zurückzunehmen, die eine schnelle und passgenaue Vermittlung von Arbeitssuchenden in Arbeit erschweren würden. Dies betrifft insbesondere die Pauschalierung der Betreuungskosten für Menschen in Arbeitsgelegenheiten auf maximal 150 Euro, mit der eine qualitativ hochwertige Förderung nicht zu leisten ist. Sie betrifft aber auch die Streichung des Rechtsanspruchs auf den Gründungszuschuss. Darüber hinaus fordert Hamburg, die Aus- und Weiterbildungsunterstützung für Arbeitslose künftig besser auszugestalten. Hamburg ist der Auffassung, dass Qualifizierung für Arbeitslose und Beschäftigte künftig noch wichtiger sein wird für gute Arbeit und sichere Arbeitsplätze.

Einführung einer CO_2-Effizienzskala für Pkw

Mit der vorgeschlagenen Änderung der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung für Pkw erhalten Verbraucher künftig beim Autokauf zusätzliche Informationen über die CO_2-Effizienz des Fahrzeugs.

Neben den bereits seit 2004 existierenden Angaben zum absoluten Kraftstoffverbrauch und den CO_2-Emissionen werden die verpflichtenden Verbraucherinformationen mit der vorliegenden Verordnungsänderung um eine farbige CO_2-Effizienzskala ergänzt. Diese ordnet die Pkw nach dem Vorbild der Energieeffizienzklassen bei Haushaltsgeräten (z.B. Waschmaschinen, Kühlschränke) den CO_2-Effizienzklassen von A+ („sehr effizient“) bis G („wenig effizient“) zu. Die Skala gibt darüber Auskunft, wie effizient ein Fahrzeug im Verhältnis zu seiner Fahrzeugmasse und zum Gesamtmarkt aller im Jahr 2008 in Deutschland zugelassenen neuen Pkw ist.

Zusätzlich sind die Jahressteuer sowie die jährlichen Energieträgerkosten (Kraftstoff und Strom) anzugeben. Ebenfalls erfasst werden dabei Elektro- und Hybridfahrzeuge.

Länder fordern stärkere Beteiligungsrechte beim Europäischen Stabilitätsmechanismus

Zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die europäischen Staats- und Regierungschefs die Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zum 1. Januar 2013 beschlossen. Der ESM soll effektiv 500 Milliarden Euro zur Verfügung haben, um für den Notfall ein tragfähiges Rettungsnetz aufspannen zu können. Deutschland wird sich mit knapp 22 Milliarden an den 80 Milliarden Euro umfassenden direkten Einlagen in den ESM beteiligen. Der ESM soll durch eine Änderung der EU-Verträge (Art. 136 AEUV) zwar im Gemeinschaftrecht verankert werden, seine Errichtung allerdings durch einen völkerrechtlichen Vertrag erfolgen.
Aus Sicht der Länder muss sichergestellt werden, dass die demokratische und parlamentarische Kontrolle des Rettungsnetzes gewährleistet wird. Daher wird der Bundesrat mit den Stimmen Hamburgs eine Entschließung fassen, die eine Klarstellung durch ein entsprechendes Gesetz fordert.

Hamburg setzt sich im Bundesrat für gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten ein

Das Grünbuch der Europäischen Kommission zum Europäischen Corporate Governance-Rahmen befasst sich unter anderem mit dem Anteil von Frauen und Männern in Führungspositionen börsennotierter Unternehmen. Offen bleibt dabei, wie der geforderte höhere Anteil von Frauen in Führungspositionen erreicht werden soll. Hamburg und Nordrhein-Westfalen beantragen gemeinsam, dass sich der Bundesrat in einer Stellungnahme zum Grünbuch für eine gesetzlich geregelte Quote für Führungspositionen der Wirtschaft ausspricht.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109

www.hamburg.de/landesvertretung

08.Juli 2011/ pr08

Bürgermeister Scholz im Bundesrat: Gesetze zur Energiewende nachbessern

Bürgermeister Olaf Scholz hat die Rückkehr zum Atomausstieg, der unter Rot-Grün bereits im Konsens beschlossen war, grundsätzlich positiv bewertet. Allerdings hält er die Energiewendegesetze der Bundesregierung für nicht ausreichend. Scholz erklärte am heutigen Freitag im Bundesrat, dass er sich Nachbesserungen wünsche.

„Ich hätte mir schon jetzt weitere Fortschritte gewünscht“, erklärte der Erste Bürgermeister. So müsse für die energetische Gebäudesanierung mindestens ein Betrag von rund zwei Milliarden Euro pro Jahr bereitgestellt werden, wie es zu Zeiten der Großen Koalition bereits der Fall gewesen sei. Mit dem ursprünglichen Ausstiegsbeschluss sei eine angemessene zeitliche Perspektive für ein rechtzeitiges Umsteuern in der Energiepolitik – zwischen den Jahren 2000 und 2023 – verbunden gewesen. „Unter Schwarz-Gelb ist in dieser Hinsicht Zeit verspielt worden“, sagte Scholz.

Der Bürgermeister wies außerdem darauf hin, dass die Kostenbelastung für Industriebetriebe nicht in die Höhe getrieben werden dürften. Scholz forderte die Bundesregierung auf, mutig zu sein und für Nachbesserungen der Gesetze zu sorgen.

Rückfragen:

Jörg Schmoll
Stellv. Sprecher des Senats
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Telefon: (040) 42831-2241
Telefax: (040) 42831-2814

5. Juli 2011/basfi05

Ingrid Körner wird neue Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen

Engagierte Kämpferin für Inklusion übernimmt das Amt schon im Juli 2011

Der Senat hat heute Ingrid Körner für die laufende Legislaturperiode zur Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen bestellt. Die 64-Jährige wird ihr Amt am 6. Juli 2011 antreten und damit auf Antje Blumenthal folgen, die das Amt der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen seit September 2009 inne hatte.

„Mit Ingrid Körner konnten wir eine ausgewiesene Fachfrau gewinnen. Ich bin sehr froh, dass sie der Bitte der Senates nachkommt und in den kommenden vier Jahren die Interessen der Hamburgerinnen und Hamburger mit Behinderung vertreten wird“, so **Sozialsenator Detlef Scheele**. **„**Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Frau Körner und wünsche ihr für ihre neue Aufgabe viel Erfolg“, so **Senator Scheele**, der dem Senat vorgeschlagen hatte, die auch international gut vernetzte Expertin zu bestellen. „Bei ihrer Vorgängerin Antje Blumenthal bedanke ich mich für die Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode. Sie hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass Hamburg bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf einem guten Weg ist.“

„Ich freue mich auf diese neue ehrenamtliche Aufgabe“, so **Ingrid Körner**. „Die UN Behindertenrechtskonvention bietet dafür meine Leitlinie: Inklusion. Ihre Umsetzung bedeutet einfach ausgedrückt nicht weniger, als dass behinderte Menschen in allen Bereichen von Anfang an ‚mitgedacht’ werden müssen, ob nun im Wohnungsbau, beim Verkehr, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, bei öffentlichen und auch privaten Unternehmen um nur einige Beispiele zu nennen.“

Ingrid Körner war bis 1981 als Studienrätin im Hamburger Schuldienst tätig. Aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung als Mutter einer Tochter mit Down Syndrom engagiert sie sich seit rund 30 Jahren für Menschen mit Behinderungen. So hat sie 1986 die Landesarbeitsgemeinschaft Eltern für Integration e.V. in Hamburg mitbegründet. Mehr als 20 Jahre arbeitet sie im Bundesvorstand eines bundesweit aktiven Selbsthilfeverbandes und Trägers von Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, davon zwölf Jahre als stellvertretende Bundesvorsitzende.

Auch auf internationaler Ebene setzt sich Ingrid Körner für die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen ein. So ist sie seit 1990 Vorstandsmitglied bei Inclusion Europe, einer gemeinnützigen Organisation, die sich für die Rechte und Interessen von Menschen mit geistiger Behinderung und ihrer Familien in ganz Europa einsetzt. Die Europäische Kommission unterstützt Inclusion Europe. Seit

2009 ist Körner auch Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des Europäischen Behindertenforums (European Disability Forum – EDF), einer unabhängigen Selbsthilfeorganisation, die sich europaweit für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen engagiert, auch für ihre Einbeziehung in die politischen Prozesse. Eine ihrer aktuellen Kampagnen lautet „freedom of movement“. Das Ziel: Menschen mit Behinderungen können sich innerhalb Europas genauso frei bewegen wie Menschen ohne Handicap.

Hintergrund

Aufgabe der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen ist es, aus einer unabhängigen Position heraus als Mittlerin zwischen Bürger und Verwaltung tätig zu sein. Dabei ist sie Ansprechpartnerin für behinderte Menschen sowie deren Verbände und geht ihren Anfragen, Beschwerden und Anregungen nach. Wo in der Praxis Integrationsbarrieren auftreten, gibt die Senatskoordinatorin Anregungen und leitet notwendige Koordinierungen ein. Durch vielfältige Initiativen trägt sie dazu bei, dass behinderte Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Hierzu steht die Senatskoordinatorin unter anderem im Dialog mit Behörden, Arbeitgebern, Betriebsräten, Schwerbehinderten-Vertretungen, Kammern, Innungen und Gewerkschaften. Die Amtsinhaberin arbeitet ehrenamtlich und fachlich weisungsunabhängig und untersteht der Rechts- und Dienstaufsicht der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Das Amt der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen gibt es seit Juli 2002 (zuvor seit 1990 „Beauftragte für Behindertenfragen“). Bestellt wird der Amtsinhaber bzw. die Amtsinhaberin vom Senat jeweils für eine Legislaturperiode. Antje Blumenthal war seit dem 1. September 2009 Amtsinhaberin.

Für Rückfragen der Medien:
Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Julia Seifert
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@basfi.hamburg.de;
Internet: www.hamburg.de/basfi

08. Juli 2011/basfi08

Sparen zur falschen Zeit an der falschen Stelle

Hamburgs Arbeits- und Sozialsenator Detlef Scheele hat sich heute im Bundesrat gegen die Bundespläne zur Arbeitsmarktpolitik gestellt

In der heutigen Sitzung des Bundesrates hat Hamburgs Arbeits- und Sozialsenator Detlef Scheele die Bundesmittelkürzungen in der Arbeitsmarktpolitik scharf kritisiert, die mit dem vorgelegten Entwurf des „Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ verbunden wären. Die vorgesehen Einsparungen von acht Milliarden Euro bis 2015 bezeichnete Scheele als einen „Kahlschlag bei den Arbeitslosen“. Dadurch zerstöre die Bundesregierung alle Chancen für Arbeitslose und Langzeitarbeitslose im aktuellen wirtschaftlichen Aufschwung wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

„Das ist kein Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen“, so **Arbeits- und Sozialsenator Detlef Scheele**. „Das ist ein Gesetz zur Umsetzung der Einsparungen bei Arbeitslosen. Die Bundesregierung verspielt damit die Chance, in einer guten konjunkturellen Lage auch den Sockel der Langzeitarbeitslosen abzubauen.“

Der Gesetzesentwurf sieht unter anderem vor, die Betreuungspauschalen für so genannte Ein-Euro-Jobs von bundesdurchschnittlich 250 auf regelhaft 30 Euro zu senken. Außerdem sollen allein fünf Milliarden Euro durch die Streichung des Rechtsanspruchs auf den Gründungszuschuss eingespart werden. Das Bundesgesetz soll zum 1. April 2012 in Kraft treten.

„Ich hoffe, dass die heute deutlich gewordene Kritik der Länder dazu führt, dass die Bundesregierung noch einmal Hand an das Gesetz anlegt“, so **Senator Scheele**. „Der Gesetzesentwurf bietet keinerlei Lösungen für die drängenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel sind nicht einmal berücksichtigt. Wir brauchen jeden, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Dafür brauchen wir neben der Förderung und Qualifikation von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen, einen lückenlosen Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit, hohe Erwerbstätigkeit von Frauen, den Erhalt des Know-Hows älterer Beschäftigter und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse von Migranten. Sich diesen Herausforderungen zu stellen, hat die Bundesregierung versäumt!"

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Julia Seifert
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@basfi.hamburg.de;
Internet: www.hamburg.de/basfi/

05. Juli 2011/bis05

Vereinbarung unterzeichnet: Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr wird in Hamburg weiter erhöht

110 zusätzliche Sicherheitskräfte für U- und S-Bahn – Senat stellt jährlich vier Millionen Euro zur Verfügung

Der Vizepräsident der Hamburger Polizei, der Präsident der Bundespolizeidirektion Hannover, der Vorstand der Hamburger Hochbahn AG (HOCHBAHN), die Geschäftsführung der S-Bahn Hamburg GmbH (S-BAHN) und der Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV) haben heute im Rathaus gemeinsam mit Innensenator Michael Neumann und Wirtschaftssenator Frank Horch eine Vereinbarung über eine Partnerschaft zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg unterzeichnet. Vereinbart wird darin unter anderem, zusätzlich insgesamt 110 Sicherheitskräfte bei der U-Bahn und der S-Bahn einzustellen.

Die Verkehrsmittel des öffentlichen Personennahverkehrs im Hamburger Verkehrsverbund werden täglich von ca. 2,3 Millionen Fahrgästen genutzt. Die Verkehrsunternehmen, die Polizei Hamburg und die Bundespolizei führen bereits umfangreiche Maßnahmen durch, um die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten.
Der Senat ist jedoch der Auffassung, dass noch mehr für die Sicherheit im ÖPNV getan werden muss. Die Möglichkeit, Opfer zu werden, soll weiter verringert und etwaige Ängste bei manchen Fahrgästen sollen vermieden werden. In diesem Sinne sollen neben den technischen Sicherheitseinrichtungen wie Überwachungskameras künftig sowohl zusätzliche Mitarbeiter der Sicherheitsdienste der Verkehrsunternehmen eingesetzt als auch eine engere Zusammenarbeit mit der Hamburger Polizei und der Bundespolizei realisiert werden.

Mit der heute unterzeichneten Vereinbarung werden gezielte Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Sicherheitsstandards im öffentlichen Personennahverkehr in Hamburg vorangebracht. Kernbereich ist die beabsichtigte Bereitstellung von Haushaltsmitteln der Stadt in Höhe von vier Millionen Euro ab 2012. Hiermit werden ca. 100 zusätzliche Mitarbeiter der Sicherheitsdienste finanziert, darunter 60 für die Verstärkung der Sicherheitsdienste der HOCHBAHN und 40 für die der S-BAHN. Darüber hinaus beabsichtigt die S-BAHN, weitere 20.000 Sicherheitspersonal- Stunden (das entspricht ca. 10 Mitarbeitern) in die Vereinbarung einzubringen. Die HOCHBAHN hatte bereits in 2010 ihre Sicherheitsleistung um ca. 35.000 Stunden erhöht. Damit wird es gelingen, zusätzliche mobile Streifen und Regeldienste einzurichten und zusätzliche stationäre Streifen in den Bahnhöfen zu ermöglichen. Künftig werden insgesamt noch mehr Sicherheitskräfte in Schwerpunktbereichen präsent und für die Fahrgäste sichtbar und ansprechbar sein, um so neben der objektiven auch die subjektive Sicherheit zu erhöhen.

Zudem ist die Einführung eines gemeinsamen Lagebildes vereinbart, durch welches eine aufeinander abgestimmte Einsatz- und Kräfteplanung insbesondere hinsichtlich der Sicherheitsdienste der Verkehrsunternehmen ermöglicht werden soll. Die Zusammenarbeit bei Großveranstaltungen und

besonderen Anlässen, wie zum Beispiel Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung des Alkoholkonsumverbots im öffentlichen Personennahverkehr, soll über das bereits jetzt bestehende Maß hinaus weiter gestärkt werden.

Innensenator Michael Neumann: „Ich freue mich für die Fahrgäste, dass wir mit dieser umfassenden Vereinbarung die Sicherheit im ÖPNV spürbar erhöhen werden. Die 110 zusätzlichen Sicherheitskräfte werden nach ihrer Ausbildung schwerpunktmäßig in den sicherheitsrelevanten Bereichen tätig sein - entsprechend der jeweiligen Lagebeurteilung, die künftig regelmäßig zwischen den Sicherheitspartnern vorgenommen werden wird."

Wirtschaftssenator Frank Horch: „Ich bin mir sicher, diese Maßnahmen werden dazu führen, dass mehr Menschen auf den ÖPNV umsteigen werden. Es ist unserer erklärtes Ziel, die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel zu erhöhen - die Sicherheit ist ein Baustein."

Polizeivizepräsident Reinhard Fallak: „Die Polizei Hamburg arbeitet im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs schon seit vielen Jahren erfolgreich mit der Bundespolizei und den Sicherheitsdiensten der Verkehrsunternehmen zusammen. Ich freue mich sehr, dass wir diese Zusammenarbeit mit der Unterzeichnung der Vereinbarung am heutigen Tag stärken konnten. Dieser zusätzliche Baustein wird die Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr weiter erhöhen."

Thomas Osterroth, Präsident der Bundespolizeidirektion Hannover: „Mit dieser Vereinbarung wird die bestehende Sicherheitspartnerschaft zwischen Bundespolizei und Landespolizei für den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs bekräftigt und konkretisiert. Ich verspreche mir, dass die beteiligten Polizeibehörden und Verkehrsunternehmen noch besser zusammenwirken, um größtmögliche Sicherheit für die Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs zu erreichen."

Zusätzlich vereinbaren die HHA und S-Bahn Hamburg eine Kooperationsvereinbarung, in der unter anderem das gegenseitige Hausrecht eingeräumt wird.

Günter Elste, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn AG: „Gemeinsam mit unseren Sicherheitspartnern wird auch die HOCHBAHN weiterhin verlässlicher Dienstleister im ÖPNV sein. Besonderen Wert legen wir dabei weiter auf qualifiziertes Sicherheitspersonal. Die konsequente Aus- und Weiterbildung unserer Sicherheitsfachkräfte wird auch in Zukunft der Eckpfeiler eines sicheren ÖPNV-Angebots sein."

Kay Arnecke, Geschäftsführung S-Bahn Hamburg GmbH: „Mit der neuen Sicherheitspartnerschaft wird die S-Bahn Hamburg den eingeschlagenen Weg der Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheitsbedürfnisse ihrer Fahrgäste weiter gehen. Ziel ist es dabei, mit den zusätzlichen Sicherheitsfachkräften in den Schwerpunktbereichen von potentiellen Belästigungen und Gefährdungen eine noch stärkere Präsenz zu zeigen und die Zusammenarbeit aller Beteiligten weiter zu verbessern."

Auch die bundesweit bisher einmalige Einführung eines unternehmensübergreifenden Alkoholkonsumverbots in einem Verkehrsverbund wird in diesem Kontext vereinbart.

Lutz Aigner, Geschäftsführer des HVV: „Die gute Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen im HVV hat sich schon bei der Vorbereitung des Alkoholkonsumverbots bewährt. Die ab 1. September geltende Regelung wird mit dazu beitragen, dass sich unsere Fahrgäste bei der Nutzung von Bus und Bahn wohlfühlen."

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** Frank Reschreiter, Tel. 040 - 42839-2673 E-Mail: Pressestelle@bis.hamburg.de	**Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation** Susanne Meinecke Tel. 040 - 42841-2239 E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de
Polizei Hamburg Mirko Streiber, Pressesprecher Tel. 040 - 428 65 8888 E-Mail: pressestelle@polizei.hamburg.de	**Bundespolizei** **Bundespolizeidirektion Hannover** Martin Ackert Tel.: 0511 67675 4103 E-Mail: martin.ackert@polizei.bund.de
HOCHBAHN **Hamburger Hochbahn AG** Maja Weihgold stv. Pressesprecherin Telefon: +49 40 32 88 - 25 56 E-Mail: Maja.Weihgold@hochbahn.de	DB Mobility Networks Logistics **DB Mobility Logistics AG** Egbert Meyer-Lovis Sprecher Hamburg/Schleswig-Holstein/Niedersachsen/Bremen Tel. 040 3918-4498 E-Mail: presse.h@deutschebahn.com
HVV **Hamburger Verkehrsverbund GmbH** Gisela Becker, Pressesprecherin Telefon: (040) 325775-122 E-Mail: presse@hvv.de	

06. Juli 2011/bis06

21 Straftäter aus der Haft abgeschoben

In den vergangenen drei Monaten wurden 21 Männer aus der Strafhaft heraus in ihre Heimatländer zurückgeführt. Sechs Straftäter wurden nach Polen abgeschoben, drei Täter wurden in die Türkei und je zwei nach Rumänien und Serbien zurückgeführt. Weitere Abschiebungen erfolgten nach Tunesien, Sierra Leone, Nigeria, Algerien, Vietnam, Chile, Mazedonien und Bulgarien.

Insgesamt wurden die Straftäter zu 76 Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Dies entspricht einer durchschnittlichen Verurteilung von rund dreieinhalb Jahren Haft. Die abgeurteilten Straftaten reichen von Betrug über Bandendiebstahl bis hin zu schwerer Brandstiftung.

Ein tunesischer Staatsangehöriger wurde abgeschoben, da er wegen schwerem sexuellen Missbrauchs von Kindern zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war. Ein Serbe musste die Bundesrepublik verlassen, da er wegen gefährlicher Körperverletzung zu fünf Jahre Haft verurteilt wurde. Ein chilenischer Staatsangehöriger erhielt eine Haftstrafe von fünf Jahren wegen Wohnungseinbruchsdiebstahls in sechs Fällen und versuchten Einbruchsdiebstahls in weiteren sechs Fällen.
Die meisten Verurteilungen erfolgten wegen verschiedener Eigentumsdelikte. Es gab zudem zahlreiche Verurteilungen wegen Körperverletzungsdelikten.

Für Rückfragen:
Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Frank Reschreiter, Tel. 0 40 - 4 28 39 - 26 73,
E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde
sowie:
Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt
Christian Martens, Tel. 040 – 42839 - 21 21
E-Mail: pressestelle@eza.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/eza

7. Juli 2011/bjg07

Gemeinsamer Antrag im Bundesrat

Hamburg und Nordrhein-Westfalen für gesetzliche Frauenquote

Hamburg und Nordrhein-Westfalen setzen sich in einem gemeinsamen Antrag zur morgigen Bundesratssitzung für die Einführung einer gesetzlich geregelten Geschlechterquote für Führungspositionen in Unternehmen ein. Anlass ist das „Grünbuch der Kommission: Europäischer Governance-Rahmen."

Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Der Bundesrat ist der Auffassung, dass börsennotierte Unternehmen gesetzlich gehalten sein sollten, für ein besseres Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern in den Verwaltungsräten zu sorgen. Er stimmt der Einschätzung der Kommission zu, dass ein solches Gleichgewicht (auch) geschäftlich von großer Bedeutung ist. An hochqualifiziertem weiblichem Nachwuchs fehlt es nicht. Dennoch zeigt sich auch im Jahr 2011 in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten ein seit langer Zeit unverändertes Bild: Frauen sind in Verwaltungsräten, Vorständen und Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften stark unterrepräsentiert. Der Bundesrat hält daher die Einführung einer gesetzlich geregelten Geschlechterquote für Führungspositionen der Wirtschaft für dringend geboten."

Mit dem Grünbuch soll die Wirksamkeit des derzeitigen Corporate-Governance-Rahmens für europäische börsennotierte Unternehmen bewertet werden. Corporate Governance wird in der Regel als ein System der Leitung und Kontrolle von Unternehmen verstanden und soll ein Maßstab dafür sein, inwieweit ein Unternehmen verantwortungsvoll agiert.

Die Hamburger Senatorin für Justiz und Gleichstellung Jana Schiedek: „Die Zeit freiwilliger Selbstverpflichtungen ist vorbei. Wir brauchen verbindliche, gesetzliche Regeln, damit hochqualifizierte Frauen endlich ihren angemessenen Platz in den Unternehmen bekommen."

Kontakt:
Dr. Thomas Baehr
Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle
Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258
E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

4. Juli 2011/pr04

Mehr Wohnungsbau für Hamburg: Senat und Bezirke unterzeichnen „Vertrag für Hamburg“

Der Senat und die sieben Hamburger Bezirke haben den „Vertrag für Hamburg“ unterzeichnet und sich auf eine deutliche Verstärkung des Wohnungsbaus in Hamburg verpflichtet. Senat und Bezirke streben – wie in der Präambel des Vertrages formuliert – an, die Zahl der neu gebauten Wohnungen so zügig wie möglich auf 6.000 pro Jahr zu steigern. In Projekten mit Mietwohnungsneubau wollen die Vertragspartner einen Anteil von 30 Prozent öffentlich geförderter Wohnungen für Haushalte mit mittlerem und geringem Einkommen erreichen. Für den Senat unterzeichneten Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Wirtschaftssenator Frank Horch und Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau den Vertrag. Auf Seiten der Bezirke unterschrieben die Leitungen der Bezirksämter und die Vorsitzende der Bezirksversammlungen das Dokument. Zuvor hatten die sieben Hamburger Bezirksversammlungen Beschlüsse über eine Intensivierung des Wohnungsbaus in den Bezirken gefasst. „Die Bezirke haben vorgelegt. Sie haben den Wohnungsbau zu ihrem Thema gemacht“, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz mit Hinweis auf die Wohnungsbauprogramme in den sieben Hamburger Bezirken.

Scholz sagte weiter, er sei sicher, „dass wir mit diesem Vertrag Schwung in den Hamburger Wohnungsbau bringen“. Er nannte den Vertrag für Hamburg und das Engagement der Bezirke „bemerkenswert, weil sich alle entschieden haben, sich im eigenen Zuständigkeitsbereich für ein wichtiges Hamburger Projekt stark zu machen: für mehr bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt“. Die vertraglich vereinbarte Kooperation biete die Chance, auf dem Weg zu diesem Ziel schnell voran zu kommen. Deshalb sei es gut, gegenseitige Blockaden von Behörden untereinander sowie von Behörden und Bezirken zu vermeiden und zu verhindern. Scholz dankte allen Vertragspartnern für „die Bereitschaft und den Mut, sich gemeinsam auf das Ziel zu verpflichten, mehr Wohnungen in Hamburg zu bauen.“

Der zwischen Senat und Bezirken geschlossene Vertrag regelt verbindlich die Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken. Er schreibt gemeinsame Ziele entsprechend dem Arbeitsprogramm des Senats fest. Er formuliert gemeinsame Wohnungsbauziele und beinhaltet Vereinbarungen für künftige Wohnungsbauprogramme in den Hamburger Bezirken.

Zentrales Ziel des Vertrages ist es, die Genehmigungsverfahren für Wohnungsbauprojekte zu beschleunigen. So sollen alle Genehmigungen für Wohnungsbauanträge spätestens sechs Monate nach Eingang erteilt werden. Es sollen möglichst bereits im kommenden Jahr Baugenehmigungen für insgesamt 6.000 neue Wohnungen erteilt werden.

Eine höhere Zahl von Baugenehmigungen führt zu erhöhten Gebühreneinnahmen für die Verwaltung. Mit diesen Mehreinnahmen sollen der Bezirksverwaltung befristet zusätzliche Planstellen zur Verfügung gestellt werden. Diese Regelung steht unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Bürgerschaftsbeschlusses.

Die **Bezirksversammlungen** sollen bis Ende des Jahres Wohnungsbauprogramme für die entsprechenden **Bezirke** beschließen. Diese sind unter anderem für die Bürgerbeteiligung

verantwortlich. Sie soll – ergänzend zu den gesetzlich vorgesehenen Verfahrensschritten – unter anderem durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen erfolgen.

Um eine kontinuierliche Rückkoppelung zu garantieren, informieren die Bezirksämter den Wohnungsbaukoordinator der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt monatlich über die erteilten Genehmigungen für den Wohnungsbau und die Verfahrensdauer. Im Quartalsrhythmus informieren sie über den Verfahrensstand aller Wohnungsbauprojekte, die größer als 20 Wohneinheiten sind und über alle Bebauungsplanverfahren.

Der **Senat** wird dafür sorgen, dass verstärkt Konversionsflächen und nicht mehr marktgängige Gewerbeflächen für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen.Die Finanzbehörde wird die schnelle Bereitstellung geeigneter Flächen für den Wohnungsbau unterstützen.

Weiter verpflichtet sich der Senat, durch Ausweitung der öffentlichen Förderung auf 2.000 Wohnungen pro Jahr die Rahmenbedingungen für eine Intensivierung des Wohnungsneubaus zu verbessern. Er wird mit SAGA GWG eine Steigerung der Neubauzahlen auf 1.000 Wohnungen pro Jahr vereinbaren, geeignete städtische Flächen zur Verfügung stellen und in einem „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ verbindliche Absprachen mit der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft treffen.

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta **Blankau,** betonte die klaren Verabredungen zwischen Senat und Bezirken. „Diese Verabredungen helfen, gemeinsame Ziele zu erreichen. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Vertrag die solide Basis für mehr Wohnungsneubau in Hamburg schafft. Die Vertragspartner haben sich auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Interesse ihrer gemeinsamen Verantwortung für die ganze Stadt verpflichtet. Jetzt brauchen wir die Kompetenz und Investitionsbereitschaft unserer Partner in der Wohnungswirtschaft, dann wird es schon bald mehr bezahlbare Wohnungen unter anderem auch für Haushalte mit mittleren Einkommen geben. Das sichert den sozialen Zusammenhalt in der Stadt.“

Wirtschaftssenator **Horch**: „Sowohl für die Einwohner als auch für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes müssen wir die Lebensfähigkeit der Stadt im Gleichgewicht zwischen Wohnen, Arbeiten und Freizeit sichern.“

STELLUNGNAHMEN DER BEZIRKSAMTSLEITER:

EIMSBÜTTEL:
Bezirksamtsleiter **Dr. Torsten Sevecke** „Für den Bezirk Eimsbüttel ist der Vertrag ein Meilenstein im Wohnungsbauprogramm. In Eimsbüttel wurden in der Vergangenheit stabil rund 500 Wohneinheiten jährlich errichtet.
Mit dem Vertrag kommt eine besondere Herausforderung auf Verwaltung, Bezirksversammlung und Investoren in Eimsbüttel zu. Die besondere Herausforderung des Vertrages besteht für Eimsbüttel darin, ein Drittel der Wohnungen im Segment des sozialen Wohnungsbaus zu errichten und erweiterte Bürgerbeteiligungen zu realisieren. Ich bin sicher, dass wir in Eimsbüttel mit der vom Senat vertraglich zugesicherten Personalunterstützung und den kurzen Entscheidungswegen die Senatsziele erreichen können.“

HAMBURG-MITTE:
Bezirksamtsleiter **Markus Schreiber**: „Der Vertrag für Hamburg ist ein Quantensprung in der Wohnungsbaupolitik der Stadt und im Umgang der Stadt mit den Bezirken. Als dienstältester

Bezirksamtsleiter kann ich sagen: Einen so bezirksfreundlichen Senat habe ich noch nicht erlebt. Wobei wir zu Recht gefördert und gefordert werden. Wir im Bezirk Hamburg-Mitte nehmen die Herausforderung gerne an und wollen die 750 Wohnungen jährlich auch realisieren. Wir gehen dafür auch ganz neue Wege, so werden bei uns erstmalig in Hamburg Bürogebäude in Wohnungen umgewandelt. Für uns ist aber auch ganz wichtig, dass bei den neuen Wohnungen auch finanzierbarer Wohnraum entsteht."

ALTONA:
Bezirksamtsleiter **Jürgen Warmke-Rose**: „Die Bezirksämter müssen sich bereit halten, die mit dem Vertrag für Hamburg vereinbarte Zahl der Baugenehmigungen erteilen zu können. Voraussetzung dafür ist einerseits das Vorhandensein einer ausreichenden Zahl von Investoren, Bauherren und Bauanträgen. Andererseits ist aber auch die Übertragung von ausreichenden Ressourcen auf die Bezirksämter zwingend notwendig, um die Bezirksämter in die Lage zu versetzen, die zeitlichen und qualitativen Vorgaben aus dem Vertrag für Hamburg einhalten zu können."

HAMBURG-NORD:
Bezirksamtsleiter **Wolfgang Kopitzsch**: „Wohnungsbau, insbesondere der zügige Bau von bezahlbarem Wohnraum, ist eine herausragende politische, vor allem aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Hamburg ist eine wachsende Stadt und die Menschen wollen und sollen in ihr leben. Wohnungsbau ist Zukunftssicherung für unsere Stadt, dies erfordert Kompromissfähigkeit und Toleranz in der öffentlichen Diskussion und bei der Umsetzung! Ein zentraler Punkt ist dabei: Wer in Hamburg wohnt, zahlt hier auch Steuern! Der Bezirk Hamburg-Nord begrüßt ausdrücklich den gewählten Weg des Senats, besonders das gemeinsame Handeln mit den Bezirken für die Menschen in unserer Stadt."

WANDSBEK:
Thomas Ritzenhoff, seit 1. Juli 2011 Leiter des Bezirksamts Wandsbek:
„Wohnungsbau ist eine der sozialsten Maßnahmen, die wir im Bezirk gestalten können. Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen, damit die Polizistin, der Krankenpfleger oder Familien in unserem schönen Bezirk leben können. Wandsbek ist der bevölkerungsreichste Bezirk und wir möchten gemeinsam mit den politischen Kräften Hamburgs der angespannten Wohnungsmarktlage entgegenwirken und unseren Beitrag dazu leisten. Unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger möchten wir Wohnungsneubau in Wandsbek verstärken und voranbringen. Der Vertrag für Hamburg schafft dafür die Basis. Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, in den nächsten Jahren 1.100 Wohnungen jährlich zu bauen. Ich gehe davon aus, dass der Senat gemeinsam mit den Bezirken Kriterien entwickelt, nach denen die zugesagten Ressourcen sachgerecht verteilt werden. Dabei müssen auch vorhandene Unterschiede bei der personellen Ausstattung der einzelnen Bezirke berücksichtigt werden."

HARBURG:
Bezirksamtsamtsleiter **Torsten Meinberg:**
„Der Bezirk Harburg ist ein attraktiver Wohnstandort. Unser Ziel ist, eine ausgewogene Mischung von familien- und umweltfreundlichem sowie innovativem Wohnungsbau zu schaffen und eine Abwanderung in das Hamburger Umland zu verhindern. Deshalb stellen wir für Familien, Studierende und Senioren die Möglichkeit des gehobenen, individuellen aber auch bezahlbaren Wohnens sicher. Vor diesem Hintergrund verpflichten wir uns, alle planerischen Voraussetzungen zu schaffen und zügig die erforderlichen Baugenehmigungen zu erteilen. Bei allen Vorhaben ist es uns wichtig, die Harburger Bevölkerung in die Planungen einzubeziehen und zu beteiligen. 700 neue Wohnungen pro Jahr sind

für Harburg eine sportliche Herausforderung, der wir uns mit Energie und vereinten Kräften stellen werden."

BERGEDORF:
Angela Braasch-Eggert, Stellvertretende Bezirksamtsleiterin:
Für das Bezirksamt Bergedorf begrüße ich es sehr, dass mit dem „Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau" ein zentrales Anliegen des Regierungsprogramms nicht nur beschlossen und als Umsetzungsauftrag an die Bezirke weiter gegeben, sondern ein ganz neuer Weg der Vereinbarung unter allen Beteiligten beschritten wird. Der gegenwärtige Wohnungsmangel kann nur durch gemeinsame und koordinierte Anstrengung aller Beteiligten beseitigt werden. Diese Beteiligten müssen sich als Partner bei der Zielerreichung verstehen und auch so handeln. Hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, ist ein Vertrag genau das richtige Instrument. Wir verpflichten uns darin nicht nur, die Genehmigung von 600 Wohnungen zu erreichen, sondern erhalten auch die dafür nötigen personellen und finanziellen Ressourcen, um die Voraussetzungen dafür schaffen. Ich bin daher optimistisch, dass es gelingen wird, das Senatsziel insgesamt zu erreichen.

Rückfragen:
Jörg Schmoll
Stellv. Sprecher des Senats
Tel.: 040 / 428 31 22 41
Mail: joerg.schmoll@sk.hamburg.de

05.07.2011/bsu05

Wohnen in der Innenstadt wird gefördert

Verordnung über den Bebauungsplan Hamburg-Altstadt 47 / Neustadt 49

Der Hamburger Senat hat heute das Planrecht in der Innenstadt geändert, damit dort künftig mehr Wohnraum entstehen kann.

Senatorin Jutta Blankau: „Die Entscheidung ist ein doppelter Erfolg: Wir schaffen mehr Wohnraum und die Innenstadt wird lebendiger. So kann eine einfache Planänderung die Stadtentwicklung nachhaltig fördern."

Innerhalb des Wallrings in der Hamburger Innenstadt waren bislang noch in weiten Bereichen (ca. 40 ha) Geschäftsgebiete nach § 10 der Baupolizeiverordnung von 1938 festgesetzt, in denen das Wohnen unzulässig ist. Um das Wohnen in diesen Bereichen im Einzelfall zulassen zu können, werden mit dem Bebauungsplan die alten Geschäftsgebietsfestsetzungen auf Kerngebiet nach § 7 der Baunutzungsverordnung in der geltenden Fassung umgestellt. Grundeigentümer erhalten Spielräume bei Umbau oder Modernisierung ihrer Gebäude oder bei Neubauprojekten, auch Wohnungen zu realisieren.

Die Stadt erhofft sich, dass wieder mehr Wohnungen in der Innenstadt entstehen, auch dort, wo es heute kaum Wohnungen gibt. Zugleich erhofft sich die Stadt durch die Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten auch einen Beitrag zur Belebung der Innenstadt.

Eine Karte zum Plangebiet finden Sie unter:
www.hamburg.de/bsu

Rückfragen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Frank Krippner
Tel. : 040 428 40 2051
E-Mail: Frank.Krippner@bsu.hamburg.de
www.hamburg.de/bsu

07. Juli 2011/bsu07

Wegen großer Nachfrage: Zuschüsse für energiesparendes Bauen für 2011 ausgeschöpft

Geld für alle vorliegenden Anträge ist reserviert

Die Nachfrage nach Zuschüssen für energieeffizientes Bauen ist in diesem Jahr so groß, dass die zur Verfügung stehenden Mittel bereits ausgeschöpft sind. Die Wohnungsbaukreditanstalt (WK) kann deshalb für freifinanzierte Wohnungen in diesem Jahr keine Förderanträge mehr annehmen. Das Programm wurde vorerst ausgesetzt. Alle bisher eingegangenen Anträge können aber bewilligt werden, wenn sämtliche erforderlichen Antragsunterlagen bis zum 30. November 2011 vorliegen.

Für den Bereich des sozialen Wohnungsbaus gibt es weiterhin Zuschüsse für energieeffizientes Bauen. Seit Juni 2011 können geförderte Miet- und Eigentumswohnungen für Haushalte mit begrenztem Einkommen in Hamburg auch gefördert werden, wenn lediglich die gesetzlichen Mindeststandards eingehalten werden.

Das Förderprogramm „Energiesparendes Bauen“ wird von der WK seit 2008 angeboten. Seitdem wurden bereits mehr als 8500 Wohneinheiten in den hoch energieeffizienten Standards WK-Effizienzhaus 70 und WK-Passivhaus (ab 01.01.2011 auch WK-Effizienzhaus 40) gefördert, deren Verbreitung inzwischen deutlich zugenommen hat. Diese Standards sind mit einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung ausgestattet und müssen weitere Anforderungen erfüllen, u.a. an die Dämmung der Gebäudehülle und die Luftdichtheit.

Die Planungen für das WK-Förderprogramm 2012 sind noch nicht abgeschlossen.

Rückfragen:
Wohnungsbaukreditanstalt
Tel. 040 248 46 – 363 / 360
www.wk-hamburg.de

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle
Tel. 040 / 42 840-2058, frank.krippner@bsu.hamburg.de
www.hamburg.de/bsu

6. Juli 2011/bwvi06

Mehr StadtRAD in Eimsbüttel, der HafenCity an der Uni und im Stadtpark

Acht neue Stationen - neue Rekordnutzungszahlen

Das StadtRAD-System wächst. Kürzlich wurden neu in Betrieb genommen die folgenden Stationen:

- Universität / Allende-Platz
- Ifflandstraße / Alsterschwimmhalle
- U Lutterothstraße / Methfesselstraße
- U Osterstraße / Heußweg
- Eppendorfer Weg / Hoheluftchaussee
- U Borgweg / Stadtpark
- Osakaallee / Überseeallee

Damit sind insgesamt 79 Stationen in Betrieb.11 weitere Stationen sind im Bau bzw. der Baubeginn steht unmittelbar bevor. In Kürze werden die Stationen an den U- Bahnhöfen Dehnhaide und Ritterstraße in Betrieb gehen.

Für das zweite Quartal 2011 liegen neue Zahlen vor. Danach hat StadtRAD Hamburg inzwischen 100.000 angemeldete Kunden. Seit April kamen monatlich durchschnittlich 6.700 Kunden hinzu. An Spitzentagen werden bis zu 6,4 Entleihen pro Rad pro Tag verzeichnet. Das bedeutet steigende Nutzungszahlen. Hintergrund zu den weiter wachsenden Nutzer- und Nutzungszahlen ist u.a., dass mit der Funktechnik seit März 2011 Entleihe und Rückgabe weiter vereinfacht wurden. Die Entleihe dauert inzwischen weniger als eine Minute. Das StadtRAD kann jetzt auch an den Stationen zurückgegeben werden, an denen alle Poller bereits besetzt sind. Mit diesen Zahlen bleibt StadtRAD Hamburg das weitaus erfolgreichste Fahrradleihsystem in Deutschland.

Hinweis: Heute, am 6. Juli 2011 sind 7 Stadt- und Verkehrsplaner aus Izmir (2,7 Mio. Einwohner) und Eskisehir (630.000 Einwohner) in der Türkei in Hamburg. Sie suchen für ihre Städte nach Anregungen für die weitere Verkehrsplanung und -entwicklung. Dabei interessieren sie sich ganz besonders für das StadtRAD. Um 14:30 Uhr gibt es an der Entleihstation Axel-Springer-Platz die Gelegenheit für einen Fototermin mit den türkischen Gästen.

Rückfragen:
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Susanne Meinecke, Pressestelle
Tel.: (040) 42841-2239
pressestelle@bwvi.hamburg.de
Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

6. Juli2011/bwvi06a

Neues Musicaltheater im Hafen

Weiterer Anziehungspunkt für Hamburg-Touristen

Die Entscheidung über die Erteilung einer Baugenehmigung für ein neues Musicaltheater der Stage Entertainment im Hafen im gefallen. Die Bauprüfabteilung Hafen der Hamburg Port Authority hat der Stage Entertainment Theater Services GmbH eine Baugenehmigung gemäß § 62 HBauO erteilt. Gegenstand der Genehmigung ist die Errichtung eines neuen Musicaltheaters auf der Fläche östlich neben dem bestehenden Theater. Das Theater ist für ca. 1.150 Gäste im Parkett und ca. 750 Gäste auf dem Rang konzipiert.

Senator Frank Horch freut sich auf das neue Theater: „Tourismus ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für den Standort Hamburg. Viele profitieren davon. Nicht nur hier, sondern in der gesamten Metropolregion. Jetzt gibt es einen Grund mehr, warum Hamburg unbedingt eine Reise wert ist.“

Die Stadt hat nicht nur die beliebtesten Musicals, hier finden meist auch die Deutschland-Premieren statt. Während in anderen Städten Produktionen zum Teil unterschiedlich erfolgreich laufen, scheint dies an der Elbe ein sicheres Erfolgsmodel zu sein. Dies hängt mit der Musical-und Musik-Begeisterung der Hamburger zusammen, aber auch mit der hervorragenden Struktur in dieser Branche. Stage hat in Hamburg seine Deutschlandzentrale und beschäftigt alleine 1.000 Mitarbeiter hier. Von Hamburg aus werden Musical- und Show-Programme für Kreuzfahrtschiffe entwickelt, die Hamburg Tourismus GmbH hat sehr große Erfahrung in der gemeinsamen Vermarktung.

In einer Umfrage vor einigen Jahren wurde unter kulturinteressierten Deutschen nach dem wichtigsten kulturellen Reiseanlasse für einen Hamburg-Besuch gefragt. Die Musicals landeten ganz vorn, auch bei der Frage, was ihnen hinterher am besten gefiel.

Die Musical-Branche sorgt nach Einschätzung der Hamburg Tourismus für ca. 1 Mio. Übernachtungen. Da jeder Hotelgast täglich durchschnittlich 210 € in Hamburg ausgibt z.B. auch in der Gastronomie, beim Shoppen oder beim HVV, lässt sich erkennen, welche wirtschaftliche Bedeutung dieses Segment hat

Der Standort am Hafen kombiniert nun gleich 2 Stärken miteinander: Den einzigartigen Maritimen Erlebnischarakter der Stadt mit der besonderen Kompetenz für beliebte Musicalproduktionen.

Hamburg ist Deutschlands Musical-Hauptstadt und wird mit diesem neuen Standort ein weiteres Highlight bekommen. Schon jetzt besuchen etwa zwei Millionen Menschen in Hamburg die Musicalaufführungen.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Susanne Meinecke, Pressestelle
Tel.: (040) 42841-2239
pressestelle@bwvi.hamburg.de
Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

PRESSEINFORMATION/iba07

Maßnahmen der Nordischen Oelwerke führen zu Geruchsreduzierung im Reiherstiegviertel

Im IBA-Projekt Energiebunker an der Neuhöfer Straße soll neben Wärme aus erneuerbaren Energien auch industrielle Abwärme der Nordischen Oelwerke für die Wärmeversorgung der Anwohner genutzt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die Geruchsbelastung durch die Produktion der Nordischen Oelwerke deutlich zurückgeht. Hierzu planen die Nordischen Oelwerke umfangreiche Sanierungsmaßnahmen. Der TÜV NORD hat im Auftrag der IBA ein Gutachten über die Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen erarbeitet. Das Gutachten stellt bei einer konsequenten Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen einen Rückgang der Emissionen um rund 55 Prozent in Aussicht. Die Anwohner werden also im Vergleich zur heutigen Situation deutlich entlastet. Im nächsten Schritt planen IBA und Nordische Oelwerke den Abschluss einer Qualitätsvereinbarung zur Durchführung dieses Maßnahmenpaketes. Damit sind auch die Voraussetzungen gegeben für den Abschluss eines Wärmelieferungsvertrages zwischen Nordische Oelwerke und HAMBURG ENERGIE, als Betreiber des Energiebunkers.

Hamburg, 07. Juli 2011 – Die Nordischen Oelwerke und ihre Schwestergesellschaften planen in Abstimmung mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ein umfangreiches und anspruchsvolles Sanierungskonzept zur Verminderung der Geruchsbelastung durch die eigene Produktion. Schon in der Vergangenheit wurden im Rahmen der Überwachungs- und Genehmigungstätigkeit der Behörde zahlreiche Geruchsminderungsmaßnahmen durchgeführt, weitere werden zurzeit realisiert. Dies reicht unter anderem vom Bau neuer Tanks, über den Ersatz alter Produktionseinrichtungen, bis zur Errichtung einer vollständig neuen, nun überdachten Verladestation und der Abdeckung aller offenen Abwasserbecken. Durch die Umsetzung aller Vorhaben ergibt sich laut Gutachten eine deutliche Abnahme der Geruchsbelastung für die Anwohner. Im direkten Umfeld der Werke wird die Intensität der Belastung abnehmen, an weiter entfernten Orten wird es auch deutlich seltener zu einer Geruchsbelastung kommen. Die Umsetzung der Maßnahmen hat bereits begonnen und soll möglichst bis Ende 2012 abgeschlossen werden. Zu diesem Zeitpunkt kann auch die Wärmelieferung aus dem Energiebunker durch HAMBURG ENERGIE beginnen. Eine endgültige Zusage der Nordischen Oelwerke zur Lieferung von Abwärme liegt noch nicht vor. Um eine weitere Entlastung zu erreichen, sollen zusätzlich Versuche zur biologischen Geruchsminderung durchgeführt und bei erfolgreicher Prüfung ebenfalls umgesetzt werden.

„Die IBA nimmt die Geruchsbelastung der Anwohner durch die Nordischen Ölwerke sehr ernst. Ein Ziel der Internationalen Bauausstellung ist es, nach Wegen zu suchen, wie Arbeiten, Wohnen und Freizeit besser miteinander vereinbart werden können. Daher wollen IBA und Nordische Oelwerke eine Qualitätsvereinbarung über die geplanten Sanierungsmaßnahmen und zur Kooperation im Rahmen des IBA-Projektes Energiebunker abschließen. Die Gespräche der IBA hierüber mit der Nordischen Oelwerken sind auf einem guten Weg“, sagte **Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg**.

Eine Zusammenfassung des Gutachtens finden Sie unter www.iba-hamburg.de.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:
IBA Hamburg GmbH, Enno Isermann, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
enno.isermann@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 – 335 oder an presse@iba-hamburg.de

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg
Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter

Terminkalender

Vom 11. Juli bis 22. Juli 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 11.07.2011

14:30 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort anlässlich des Senatsempfangs „**12th Sino-German-Friendship Symposium“.**

Dienstag, den 12.07.2011

14:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt den **Honorarkonsul der Republik Kolumbien**, **Reginald Schlubach**, zum Abschiedsbesuch.

15:00 Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt die **Generalkonsulin der Volksrepublik China, CHEN Hongmei** und den **Konsul, XING Weiping**, zum Gespräch.

Mittwoch, den 13.07.2011

09:30 Hotel Grand Elysee.
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort bei der **Mitgliederversammlung des German Convention Bureau.**

11:00 Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt den **Botschafter des Königreichs Belgien**, **Renier Willem Joseph Nijskens** zum Antrittsbesuch, der vom Honorarkonsul aus Hamburg, Rainer Schöndube, begleitet wird.

11:30 Senator Frank Horch trifft sich zu einem **Antrittsbesuch mit Minister Jost de Jager**.
Staatsrat Dr. Bernd Egert und Staatsrat Andreas Rieckhoff nehmen teil.

Donnerstag, den 14.07.2011

12:00 Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72-79
Senator Dr. Peter Tschentscher und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil am Empfang des Französischen Generalkonsulats anlässlich des **französischen Nationalfeiertags.**

14:00 Clausewitz-Kaserne, Manteuffelstraße 20
Senator Frank Horch spricht das Grußwort des Senats anlässlich der **Kommando-übergabe Führungsakademie der Bundeswehr**.

17:30 Berlin, Botschaft der Französischen Republik, Pariser Platz 5
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung des Botschafters der Französischen Republik, Maurice Jacques Jean-Marie Gourdault-Montagne, am Empfang anlässlich des **französischen Nationalfeiertages** teil.

18:00 Axel-Springer-Passage, Caffamacherreihe 1

Senator Detlef Scheele eröffnet die **Wander-Ausstellung „Kunst trotz(t) Demenz“.**

18:30 Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Aula, Armgartstraße 24
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich des **Jubiläums des Modecampus der HAW Hamburg.**

20:00 Schmidt Theater, Spielbudenplatz
Senator Dr. Peter Tschentscher besucht die **Uraufführung des Stückes „Oh Alpenglühn!“**

Freitag, den 15.07.2011

12:00 Asklepios Klinik Nord - Standort Ochsenzoll, Langenhorner Chaussee 560
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der stationären Eingliederungshilfeeinrichtung** „**Lütt Hus“ der Asklepios Klinik Nord.**

13:00 Hauptkirche St. Jacobi, Jakobikirchhof 22
Staatsrat Volker Schiek nimmt an einem **Empfang der Johaniter-Unfall-Hilfe** anlässlich der **Verabschiedung von Hans-Joachim Woller** teil.

19:00 Die RothenBurg, Vierländer Damm 3a
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort anlässlich der **Vorstellung** der **„Stolperstein Broschüre Rothenburgsort“.**

19:00 Airport Hamburg Airport Lounge
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrat Jens Lattmann und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen an der **Airport Funk & Soul Night im Rahmen des 100. Geburtstags des Airport Hamburg** teil.

Samstag, den 16.07.2011

14:00 Rathausmarkt
Senator Michael Neumann wird beim **Dextro Energy Triathlon ITU World Championship**, den Startschuss und Siegerehrung der Elite-Herren durchführen.

Sonntag, den 17.07.2011

15:20 Rathausmarkt
Senator Michael Neumann wird beim **Dextro Energy Triathlon ITU World Championship** den Startschuss und die Siegerehrung der Elite-Damen vornehmen.

Dienstag, den 19.07.2011

Ganztägig Staatsrat Jan Pörksen besucht vom 19. bis 24.07.2011 **Hamburgs Partnerstadt Chicago** und wird dort auf Einladung der National Association of Social Workers (NASW) einen Vortrag zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe halten. Außerdem wird er mit Vertretern der Stadt zu Gesprächen zusammen kommen und verschiedene soziale Einrichtungen besuchen.

15:00 Rathaus,Turmsaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt eine **Jugendgruppe aus Peru**, die im Rahmen eines Jugendaustausches mit Peru durch die **Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände in Hamburg e. V.** in der Hansestadt Hamburg zu Gast ist.

16:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt den **Honorarkonsul von Rumänien**, **Klaus Rainer Kirchhoff**, zum Antrittsbesuch.

17:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt den **Honorarkonsul des Fürstentums Monaco**, **Hans-Joachim v. Berenberg-Consbruch**, zum Abschiedsbesuch.

Mittwoch, den 20.07.2011

10:30 Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt **die Botschafterin von Georgien**, **Gabriela Habsburg-Lothringen**, zum Antrittsbesuch.

12:00 Berlin, Ehrenhof des Bendlerblocke, Stauffenbergstraße
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an der **Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus** teil.

21:00 Passage Kino, Mönckebergstraße 17
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Welturaufführung des Films „Arschkalt“.**

Donnerstag, den 21.07.2011

16:00 Rathausmarkt
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt eröffnet das **Stuttgarter Weindorf** und spricht ein Grußwort.

Freitag, den 22.07.2011

18:00 Generalkonsulat der Arabischen Republik von Ägypten, Harvestehuder Weg 50
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt am **Empfang anlässlich des ägyptischen Nationalfeiertags** teil.